

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Ratssitzung nehme ich heute das dritte Jahr in Folge für die SPD-Fraktion Stellung zum Stellenplan. Vor fast genau sieben Jahren hat dieser Stadtrat, um genauer zu sein die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kamen, ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen, um die eigene Handlungsfähigkeit zu erhalten und die Konsolidierung der städtischen Finanzen voranzutreiben.

Eine ganz wesentliche Stellschraube in diesen Sparmaßnahmen war und ist der Personalhaushalt.

Jede 3. durch Fluktuation frei werdende Stelle ist im Zuge des Haushaltssicherungskonzeptes bis zum Jahr 2022 einzusparen oder zumindest vor Neubesetzung auf die Notwendigkeit hin zu überprüfen. Das ist der Inhalt der HSK-Maßnahme mit der Nr. 63. Diese Maßnahme musste allerdings nach Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes regelmäßig an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden. Die Realität, sprich: die Aufgabenzuwächse von Seiten der Bundes- und auch Landesebene überholte uns regelmäßig.

Die letzten Jahre waren geprägt von einer jährlichen Erhöhung der Stellenausweisung, insbesondere ausgelöst durch steigende Stellenzahlen im Rettungsdienst und bei der Feuerwehr.

Also nicht, um aufgrund von Arbeitsverdichtung und Aufgabenzuwächsen hoch belastete Teilbereiche der Verwaltung komfortabel zu entlasten indem mehr Personal zur Seite gestellt wurde, sondern um überhaupt im Interesse des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger handlungsfähig zu bleiben. Im Hinblick auf die hinzugekommenen Aufgaben hätte eine Personalaufstockung manchem Bereich gut getan.

Exemplarisch seien hier auch für das kommende Jahr 2020 die gesetzlichen Änderungen angeführt, die das Bundesteilhabegesetz mit sich bringt oder auch die Veränderungen, die die Verfahren und Abläufe in der Jugendgerichtshilfe betreffen. So richtig und notwendig diese Veränderungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sind, so bleibt doch die enorme Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Wenn wir hier mehr Personal ansetzen könnten, würden wir das zweifellos tun. Die Hände sind uns aber gebunden und erneut muss mit innerorganisatorischen Veränderungen kompensiert werden, wo nahezu kein Puffer mehr vorhanden ist.

Das Personal des Rathauses tut sein Möglichstes, um seinen Beitrag zu den Sparmaßnahmen zu leisten. Und an diesem Punkt möchte ich ganz explizit den Dank der SPD-Fraktion für die geleistete Arbeit aussprechen. Steigende Anforderungen, Arbeitsverdichtung und Aufgabenzuwächse kennzeichnen Ihre tägliche Arbeit, die Sie bis heute trotz aller Umstände motiviert und engagiert im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erledigen.

Insgesamt erhöht sich die Stellenausweisung für das Jahr 2020 lediglich um 2,5 VZÄ, was zum Teil auch wechselnden Arbeitszeitmodellen und vorhandenen Rechtsansprüchen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschuldet ist. Darüber hinaus erfordern die neuen Räumlichkeiten der VHS und der OGS der Friedrich-Ebert-Schule natürlich auch zusätzliches Reinigungspersonal.

Anpassungsfähig zu bleiben und sich den aktuellen Entwicklungen, den gesellschaftspolitischen Themen zu stellen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Haushaltsicherungskonzeptes ist und bleibt schwierig. So kann mit Hilfe von Fördermitteln des Landes der „Klimaschutz“, den die Stadt Kamen früher als andere als wesentliches Thema erkannt hat, weiterhin im bisher erfolgten Umfang auf der Agenda stehen. Dem zunehmenden Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger wurde durch organisatorische Verlagerung von Stellen Rechnung getragen.

Den gesellschaftlichen Entwicklungen wurde sich in den letzten Jahren gestellt. „Geflüchtete Menschen“ und „Klimaschutz“ als gesellschaftspolitische Themen mit Sprengkraft haben den Rat der Stadt Kamen und auch die Verwaltung beschäftigt. Es entsteht der Eindruck, dass sich diese Themen immer schneller gegenseitig in der öffentlichen Diskussion überholen. Als SPD-Fraktion haben wir aber die „vorherigen“ Themen, z.B. die Schulsozialarbeit, trotzdem weiter stets im Blick. Befristung bedeutet Unsicherheit, persönliche Konsequenzen werden und wurden bereits gezogen. Seien Sie sich sicher, dass wir alles tun werden, um Ihnen so bald wie möglich verantwortungsvoll die Sicherheit zu geben, die Ihnen bereits viel zu lange fehlt.

Ausbildung erfolgt bei der Stadt Kamen weiterhin bedarfsgerecht. Für das Jahr 2020 werden sich insgesamt 22 Auszubildende in den unterschiedlichen Berufen befinden – davon sollen sieben Ausbildungsplätze im kommenden Jahr neu besetzt werden. Um den wachsenden Personalbedarf zu decken, aber auch, um sich den zunehmenden Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung zu stellen. Erneut wird in Teilzeit ausgebildet und den gesellschaftlichen Entwicklungen und individuellen Bedürfnissen, gewandelten Lebensrealitäten damit Rechnung getragen.

Die Personalgewinnung bleibt schwierig. Ausgeschriebene Stellen können mangels Angebot auf dem Arbeitsmarkt nicht besetzt werden, sodass Aufgaben extern vergeben werden müssen. Hier zeigt sich der Fachkräftemangel ganz gravierend im Bereich des Rettungsdienstes auf. Zusätzliche Anreize außerhalb geltender gesetzlicher Vorgaben zu schaffen um Personal zu gewinnen, ist zum einen für die öffentliche Hand nicht möglich, zum anderen aber auch finanziell nicht realisierbar. Wie also weiterhin attraktiver Arbeitgeber bleiben? Welche Möglichkeiten bietet ein striktes Regelwerk wie das HSK?

Bereits im letzten Jahr haben wir die Frage gestellt, ob liebgewonnene „Standards“ weiterhin im gewohnten Umfang gehalten werden können. Für die SPD-Fraktion kann ich betonen und erneut bestärken, dass in Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklungen es dringend erforderlich ist eine quantitative Standardabsenkung in Erwägung zu ziehen. Hier geht es vor allen Dingen darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten und somit auch die Leistung der vergangenen Jahre unter schwierigsten Bedingungen ein Stück weit zu honorieren und auf dem gewohnt hohen Niveau zu erhalten und zu ermöglichen. Unsere Aufgabe ist es, Verantwortung zu übernehmen. Dazu sind wir als SPD-Fraktion bereit, auch wenn die Entscheidungen, die getroffen werden müssen, nicht bei allen beliebt sein sollten.

Für die SPD-Fraktion bleibt festzustellen, dass wir dem vorliegenden Stellenplan zustimmen werden.